

Synopse der Wahlprogramme 2009 der Bundestagsparteien

Zusammengetragen vom Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK)

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Pflege	Die CDU/CSU fordert mehr Wertschätzung für den Dienst am Menschen. So sollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in der Pflege ermöglicht werden. Die Pflegeberufe sollen mehr Verantwortung für Patientinnen und Patienten übernehmen.	Die SPD fordert mehr Kooperation zwischen Ärzten und Pflegepersonal. Pflegenden mit erweiterten Kompetenzen auszustatten, sei der Weg in die Zukunft.	Die Grünen wollen die Qualität der Pflege durch mehr Transparenz und die Einbeziehung der Betroffenen verbessern. Pflegekräfte verdienen mehr Anerkennung und bessere Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung. Die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden.	Die FDP engagiert sich für eine Entbürokratisierung der Pflege und eine Verbesserung der Transparenz über die Qualität der Pflege. Das Pflegeergebnis soll im Vordergrund stehen.	Pflegende sollen besser qualifiziert und tariflich bezahlt werden. Es sollen einheitliche Personalschlüssel entwickelt und ganzheitliche Pflege ermöglicht werden.
Soziales	Pflegeversicherung soll auch in Zukunft einen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten – Betonung der Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos.	Hilfen der Pflegeversicherung soll zielgenauer auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet werden.	Die Pflegeversicherung soll zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden.	Die Pflegeversicherung soll durch eine Überleitung in ein kapitalgedecktes und prämiendifinanziertes System aus der demographischen Falle befreit werden. Ergänzende private Vorsorge für den Pflegefall soll im Steuerrecht gefördert werden.	Umbau der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Gesundheit	Die bestehende Krankenhausfinanzierung habe sich bewährt, ein bundesweiter Einheitspreis wird von der Union abgelehnt. Die Gesundheitswirtschaft wird als Wachstumsbranche wahrgenommen.	Krankenhäuser sollen weiter für die ambulante Versorgung geöffnet werden. Für gleiche Leistungen sollen gleiche Vergütungen gezahlt werden – unabhängig vom Ort der Leistungserbringung.	Die Grünen wollen 150.000 neue Jobs in der Gesundheitswirtschaft schaffen. Prävention soll zur dritten Säule der Gesundheitswirtschaft ausgebaut werden.	Entbürokratisierung und die Förderung von Public-Privat-Partnership-Projekten sollen zur Verbesserung im Gesundheitssystem und zur weiteren Stabilisierung des Wachstumsmarktes Gesundheitswirtschaft beitragen. Der Gesundheitsfonds soll wieder abgeschafft werden.	Investition von 100 Milliarden EUR pro Jahr unter anderem für Gesundheit zur Schaffung von zwei Millionen Arbeitsplätzen im Öffentlichen Sektor. Finanzielle Anreize im Gesundheitswesen ändern: Gesunderhaltung und Heilung soll lohnender sein als Umsatzsteigerung durch hohe Fallzahlen.
Demographie	Der demographische Wandel eröffnet neue Berufsperspektiven vor allem in der Kranken- und Altenpflege. Die Attraktivität dieser Berufe soll gesteigert und Umschulungsprogramm in die Berufsgruppe gestärkt werden. Für pflegende Angehörige sollen Weiterbildungsmaßnahmen ausgebaut und gefördert werden.	Geriatric und Palliativversorgung müssen zu wichtigen Schwerpunkt in Ausbildung, Forschung und Arbeit aller Gesundheitsberufe werden.	Das generationenübergreifende Zusammenleben soll gefördert werden. Dazu gehören ambulante und stationäre Pflegeangebote von hoher Qualität, die durch existenzsichernde Gehälter, niedrige Zugangsschwellen und einheitliche Qualitätsstandards für die Ausbildung in der Pflege gesichert werden.	Die Liberalen sehen Senioren als Ressource auf dem Arbeitsmarkt und fordern daher den Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit, den Aufbau eines betrieblichen Altersmanagements und den Ausbau des lebenslangen Lernens. Bürgerschaftliches Engagement soll stärker gefördert werden.	Soziale Sicherheit durch Solidarität statt Privatisierung – Sicherung einer humanen Pflege und notwendiger medizinischer Versorgung durch starke öffentliche Solidarsysteme.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Mindestlöhne	Keine Mindestlöhne, aber Mindesteinkommen - im Bedarfsfalle mit Ergänzung durch staatliche Leistungen.	Allgemein verbindliche Mindestlöhne in möglichst vielen Branchen - 7,50 EUR als Orientierungsmarke.	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 EUR, höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen.	Keine Mindestlöhne, aber Mindesteinkommen - im Bedarfsfalle mit Ergänzung durch staatliche Leistungen.	Flächendeckender Mindestlohn von 10,00 EUR.
Privatisierung	Staatlich übernommene Aufgaben sollen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden – vor allem unter dem Aspekt der Haushaltsdisziplin.	Gesundheits- und Sozialleistungen sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen nicht dem einseitigen Zwang zur Privatisierung ausgesetzt werden.	Der Staat muss als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen wieder in Erscheinung treten.	Der Wettbewerb im Gesundheitssektor soll gestärkt werden, dazu gehören eine starke private Versicherung und die Belassung der Beitragsautonomie der gesetzlichen Kassen.	Privatisierung von Krankenhäusern und Medizinischer Versorgungszentren soll gestoppt werden
Kinderbetreuung	Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und Einführung eines Betreuungsgeldes ab dem Jahr 2013.	Rechtsanspruch aus Kinderbetreuung ab 2013, Anspruch auf Ganztagsbetreuung.	Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem ersten Lebensjahr und Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung ab sofort.	Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten und Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung.	Rechtsanspruch auf gebührenfreie Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.
Rente	Beibehaltung der Rente mit 67.	Beibehaltung der Rente mit 67, Anpassung der Arbeitsbedingungen an jeweilige Lebensphase.	Prüfung der Erwerbschancen bei Beibehaltung der Rente mit 67. Senkung der Altersgrenze für abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente auf 63 Jahre.	Abschaffung aller Altersgrenzen für Arbeit.	Rentenalter senken und Schaffung flexibler Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke
Eltern- betreuung	Die Unternehmen sollen motiviert werden, ihren Teil zur Vereinbarkeit von privater Pflege und beruflicher Tätigkeit beizutragen, z.B. durch die Kooperation mit Tagespflegeeinrichtungen. Pflegestützpunkte sollen als Anlaufstelle für Angehörige qualifiziert werden.	Bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit soll für nahe Angehörige ein bezahlter Freistellungsanspruch von der Arbeit von bis zu 10 Tagen eingeführt werden.	Einführung einer dreimonatigen Pflegezeit mit Lohnersatzleistungen, die nicht nur Familienangehörigen offen steht, sondern allen, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden und Freundinnen organisieren oder sie beim Sterben begleiten.	Berufstätige sollen sich für die Organisation der familiären Pflege zeitlich begrenzt freinehmen können.	